



Sendung vom 26.10.1999

Wolfgang Mischnick
Bundesminister a.D.
im Gespräch mit Stefan Wittich

Wittich: Herzlich willkommen bei Alpha-Forum. Unser heutiger Gast ist Wolfgang Mischnick, ein Politiker der FDP, der die Politik der Bundesrepublik in fast fünf Jahrzehnten an maßgeblicher Stelle mitgestaltet hat. Herr Mischnick, Sie sind 1945 aus dem Krieg in Ihre von Bombenangriffen schwer zerstörte Heimatstadt Dresden zurückgekommen. Noch im selben Jahr haben Sie sich der dortigen "Liberal-demokratischen Partei" LDPD angeschlossen. Was hat Sie veranlasst, sich in dieser Situation politisch zu engagieren?

Mischnick: Das war zum einen die Erkenntnis, dass es notwendig ist, sich auch als damals noch junger Mensch politisch zu betätigen. Zweitens hatte ich das Gefühl, dass es beim Aufbau notwendig ist, dass gerade wir, die wir diese Kriegserfahrung hinter uns hatten, gefragt sind und mitwirken müssen. Drittens war ich noch völlig ratlos, welche beruflichen Möglichkeiten ich bekommen würde. Da ich Reserveoffizier gewesen war, durfte ich nämlich viertens nicht studieren, weil eine Verordnung erlassen worden war, dass man als Reserveoffizier nicht studieren dürfe. Eigentlich wollte ich Diplomingenieur und Doktor rer. pol. werden. Und fünftens war es schließlich so, dass ich, als ich mit meinem Vater auf den Bau ging, um am "Hygiene-Museum" in Dresden Steine zu klopfen, die man für den Wiederaufbau verwenden konnte, eines Tages ein Plakat von der "Demokratischen – und dann Liberal-demokratischen – Partei" sah. Ich bin auch dort hingegangen, um mich zu erkundigen, denn der Mann am Arbeitsamt, der mich vermitteln sollte - ich ging noch am Stock – hatte gesagt, dass man nach dem Ersten Weltkrieg den Fehler gemacht hätte, es den zurückkehrenden Frontsoldaten zu verwehren, politisch tätig zu werden und dass das dann in politischer Radikalität geendet hätte. Er meinte, dass im Gegensatz dazu die jungen Leute heute sehr wohl politisch tätig werden sollen. Er hoffte dabei zwar, dass ich Kommunist werden würde, aber ich bin eben ein Liberaldemokrat geworden.

Wittich: Das führt mich gleich zur nächsten Frage: Warum haben Sie sich den Liberalen angeschlossen? Was bedeutet für Sie Liberalismus?

Mischnick: Das Programm der "Liberal-demokratischen Partei" war für mich überzeugend. Ich hatte im Kriegseinsatz ja einiges von diesen sozialistischen Vorstellungen miterlebt: Ich wusste also, was das war. Daher hatte ich keine Lust, in dieser Richtung irgendwie tätig zu werden. Zweitens kam ich aus einem Elternhaus, das man vielleicht als national-liberal bezeichnen konnte. Drittens waren die Thesen, die damals vertreten wurden und die noch heute in vielen Bereichen Grundlage der liberalen Politik sind, für mich so überzeugend, dass ich den Weg zur LDPD ging.

Wittich: In der LDPD haben Sie sich zunächst einmal der Jugendarbeit gewidmet. Wie war das damals? Haben sich die Menschen in dieser frühen Nachkriegszeit überhaupt für Politik interessiert?

Mischnick: Das war sehr schwierig, denn diejenigen, die in der NSDAP gewesen

waren – und selbst diejenigen, die in der HJ gewesen waren –, wurden zum Teil aus den Ämtern entfernt. Es entstanden diesen Leuten also berufliche Schwierigkeiten. Es war daher ein mühseliges Geschäft, von Tür zu Tür zu gehen - soweit die Türen überhaupt noch vorhanden waren –, um frühere Mitglieder der "Demokratischen Partei" oder der "Deutschen Volkspartei" dafür zu gewinnen, Mitglied zu werden. Sie konnten aber nur Mitglied werden, wenn sie nicht Mitglied der NSDAP gewesen waren. Das war eine schwierige Situation. Bei meiner ersten Kundgebung in Dresden - am 25. September 1945 - habe ich als Jugendvertreter gesprochen und dabei die Menschen aufgefordert mitzumachen. Es war interessant, dass sehr viele junge Menschen da waren, die dann auch tatsächlich mitgewirkt haben und eingetreten sind, so dass wir in Dresden bei 10000 LDPD-Mitgliedern 2500 junge Menschen unter 25 Jahren hatten.

Wittich: Können Sie erzählen, wie sich diese politische Arbeit im Wettstreit mit den anderen Parteien gestaltet hat?

Mischnick: Das war eine sehr schwierige Situation, denn die Vertreter der KPD, wie sie zunächst hieß, waren natürlich die Wortführer. Die SPD war da noch einigermaßen mit dabei, während die CDU und die LDPD so ein bisschen am Rande behandelt wurden. Wir hatten es oft schwer, uns durchzusetzen. Aber die Blockpolitik - die ja später in der Arbeit der so genannten "Blockparteien" so sehr verunglimpft worden ist – war damals noch beseelt von dem Gedanken, eine gemeinsame Aufbauarbeit zu leisten. Es spürte aber jeder, der ein bisschen freiheitlicher dachte und die Dinge ein wenig unabhängiger vorantreiben wollte, dass die KPD natürlich immer versuchte, das Sagen zu haben. Dies wurde um so mehr sichtbar, als im Jahr 1946 die Vereinigung von SPD und KPD zur SED kam und die Vorherrschaft dieser "Sozialistischen Einheitspartei" immer stärker spürbar wurde. Zunächst gab es ja noch keine Wahlen, sondern z. B. nur den repräsentativen Ausschuss der Stadt Dresden, in dem ich als Jugendvertreter der LDPD mit dabei war: Dort, in diesen Ausschüssen, wurde bei der Umsetzung von Beschlüssen schon sichtbar, dass man sehr wohl versuchte, uns langsam aber sicher den Sozialismus überzustülpen, also die praktische Politik immer mehr in eine Richtung zu lenken, die für uns als Liberale natürlich nicht sehr schmackhaft war.

Wittich: Sie haben es gerade schon angedeutet: Die politische Betätigung stand damals ja unter der Aufsicht der sowjetischen Militäradministration. Sie haben mit den Sowjets mehrfach Ärger bekommen: Sie sind nicht zugelassen worden als Kandidat zur sächsischen Landtagswahl, und Ihre Wahl zum stellvertretenden Landesvorsitzenden ist, glaube ich, auch annulliert worden.

Mischnick: Ich hatte ja für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 1. September 1946 kandidiert: Das ging glatt, und ich bin neben anderen Jugendvertretern auch gewählt worden. Aber die erste Zeit unserer Tätigkeit in dieser Stadtverordnetenversammlung muss bei der Besatzungsmacht bereits negativ aufgefallen sein, genauso die Auseinandersetzung, die ich mit der FDJ führte, also der "Freien Deutschen Jugend". Es wurde nämlich aus diesen zunächst einmal bestehenden Jugendausschüssen die "Freie Deutsche Jugend" gebildet, von der wir zunächst glaubten, sie sei eine unabhängige Jugendorganisation. Aber es stellte sich sehr schnell heraus, dass sie zu einer Staatsorganisation werden sollte. Genau das aber war der Punkt, den wir als junge Liberale nicht wollten und gegen den wir ankämpften. Diese Auseinandersetzungen führten dazu, dass ich von der Liste für die Landtagswahl am 20. Oktober 1946 – ich war dort auf einem sicheren Platz gestanden – gestrichen wurde. Als ich 1947 zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der LDPD in Sachsen gewählt worden war, hat die Besatzungsmacht - das war damals so üblich –, drei Tage später zwar den gesamten Landesvorstand

genehmigt, nur eben mich nicht. Der Kandidat, der bei der Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden gegen mich durchgefallen war, wurde als stellvertretender Landesvorsitzender eingesetzt: Das war für mich ein Signal dafür, dass es nicht mehr lange dauern würde mit meiner politischen Tätigkeit, denn kurz danach kam das Rede- und Schreibverbot hinzu. Anschließend musste ich entlassen werden, denn ich war bei der LDPD hauptamtlich als Geschäftsführer des so genannten "Blockausschusses" tätig. Dieser Geschäftsführer hatte die Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass Beschlüsse des Blocks auch durchgeführt wurden und sich die SED nicht etwa anmaßte, allein entscheiden zu können. Es war z. B. bei der Kommunalwahl festgelegt worden, dass die Partei, die am Ort jeweils die stärkste Partei war, auch den Oberbürgermeister stellt und die anderen Parteien den Stellvertreter usw. Die SED versuchte dann immer ganz schnell, wenn z. B. jemand aus Krankheitsgründen oder aus beruflichen Gründen ausfiel, diese Vereinbarung in Frage zu stellen. Für die Einhaltung dieser Absprachen musste ich mich einsetzen, und das hat natürlich mit dazu geführt, dass die Besatzungsmacht in mir jemanden sah, der nicht besonders förderungswürdig war. Im Februar 1948, als wir in Halle eine Hauptausschusssitzung der LDPD hatten - damals hieß das so, und ich war zu der Zeit eben auch im Zentralvorstand der LDPD für die gesamte sowjetische Besatzungszone -, hat der zuständige Politoffizier der sowjetischen Militäradministration Berlin zusammen mit einem Oberstleutnant versucht, mich zu überzeugen: Er hat mir gesagt, ich könnte studieren, ich könnte stellvertretender Minister werden usw. Das alles aber unter einer Voraussetzung: Ich sollte öffentlich erklären, dass ich für die FDJ bin und die FDJ unterstütze. Wenn ich das nicht machen würde, dann bliebe es dabei, dass ich keinerlei Möglichkeiten der Weiterentwicklung hätte.

Wittich: Ihr Förderer, der LDPD-Generalsekretär Ernst Maier, hat daraus ja die Konsequenzen gezogen und ist in seine alte Heimat Baden-Württemberg zurückgekehrt. Er hat Ihnen damals das Angebot gemacht, ihn zu begleiten. Sie haben dieses Angebot aber zunächst einmal abgelehnt.

Mischnick: Es war schon Ende 1945, als dieses Angebot kam. Er hat mir damals gesagt: "Sie werden keine Chance haben, hier wirklich liberale Politik zu machen." Ich war dort in Dresden aber in meiner Heimat und antwortete ihm daher, dass ich es trotzdem versuchen werde, denn man müsste alles tun, damit das vielleicht doch gelingt. Er hat leider Recht behalten: Es war nicht möglich. Als ich ihn dann im Sommer 1948 nach meiner Flucht über Berlin in Stuttgart aufsuchte, sagte er zu mir: "Es wäre besser gewesen, du wärst gleich zu mir gekommen." Das war wirklich ein sehr positives Verhältnis zu ihm, denn ich habe sehr viel von ihm gelernt.

Wittich: Sie sind, wie Sie gerade gesagt haben, 1948 geflohen, um einer drohenden Verhaftung zu entkommen. Sie haben sich dann nach Ihrer Flucht in Hessen niedergelassen und haben sich dort für die FDP engagiert. Sie waren Landtagsabgeordneter, stellvertretender Landesvorsitzender und zogen dann auch in den Deutschen Bundestag ein. Von 1961 bis 1963 waren Sie Bundesminister für Vertriebene und Flüchtlinge: Das war damals doch eine sehr bewegte Zeit für einen Minister mit diesem Aufgabengebiet.

Mischnick: Ich war zunächst einmal überrascht davon, dass ich im Jahr 1961 von meinen Freunden als Minister nominiert worden bin. Aber die Aufgabe, Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte zu werden, reizte mich, weil ich eben auch sozialpolitisch immer sehr stark engagiert war. Das Problem bestand in dieser Zeit darin, dass durch den Mauerbau und die Befestigungen an der Grenze der Flüchtlingsstrom plötzlich völlig versiegt war. Es war nur noch unter größten Schwierigkeiten möglich, Menschen über andere Wege herüber zu locken. Ich weiß noch, dass wir einmal das Problem hatten, dass der Schiffsarzt eines Dampfers geflohen

war und seine Frau versuchte, über einen anderen Weg zu uns zu kommen. Es war also insgesamt eine sehr schwierige Zeit. Aber es war auch die Zeit, in der es mir gelang durchzusetzen, dass für die Sowjetzonenflüchtlinge ähnliche Entschädigungen in Vorbereitung kamen, wie sie für Vertriebene galten. Denn bis dahin hatten Sowjetzonenflüchtlinge keinerlei Ansprüche an den Lastenausgleich usw. Das war doch eines der wichtigsten Ergebnisse meiner damaligen politischen Tätigkeit als Minister.

Wittich: 1968 wurden Sie schließlich Vorsitzender der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag. Das war ein Amt, das Sie fast 23 Jahre lang inne hatten. Von der FAZ wurden Sie sogar einmal als der "Vater der Fraktion" titulierte. Welche Voraussetzungen benötigt man denn, um über eine derart lange Zeit die Akzeptanz in der Fraktion zu finden? Was macht also einen erfolgreichen Fraktionsvorsitzenden aus?

Mischnick: Man braucht sehr viel Geduld, man muss sich in die Kolleginnen und Kollegen hineinversetzen können, und man muss gerade in einer liberalen Fraktion bereit sein, die Eigenständigkeit jedes Einzelnen zu respektieren. Trotzdem muss man natürlich auch noch genügend Überzeugungsarbeit leisten, damit alle Kollegen einsehen, dass es nur mit einer geschlossenen Haltung möglich ist, Einfluss zu nehmen. Das war bei knappen Mehrheiten natürlich immer besonders schwierig. Deshalb hatte ich es mir immer zum Ziel gesetzt, mit jedem einzelnen Kollegen direkt zu sprechen, wenn er politische Probleme hatte, bei irgendetwas zuzustimmen. Umgekehrt war es natürlich genauso: Jeder Kollege wusste, wenn er in irgendeinem Ausschuss Entscheidungen treffen musste - oftmals saßen in den Ausschüssen nur ein oder zwei Vertreter von uns -, konnte er jederzeit mit mir Rücksprache halten. Jeder dieser Kollegen wusste auch, dass ich ihn dann, wenn er sich für etwas entschieden hatte und ich das ebenfalls für richtig hielt, in der Fraktion auch abdeckte und ihn nicht alleine ließ. Die zweite Bedingung besteht darin, dass man in möglichst allen Bereichen so viel Sachkenntnis haben muss, dass man beurteilen kann, ob das auch politisch sinnvoll und tragbar ist, was von den Sachverständigen in diesem Bereich vorgeschlagen wird, was also zum Teil die Mitarbeiter erarbeitet haben oder was aus den Gesprächen mit den Verbänden an Vorschlägen resultiert. Man muss darüber hinaus bereit sein, in den Debatten im Deutschen Bundestag denjenigen Kollegen, die diese Sachfragen in den Ausschüssen behandeln, auch wirklich die Chance zu geben, öffentlich zu vertreten, was sie an praktischer Arbeit geleistet haben. Ein Fraktionsvorsitzender, der im Plenum bei den Debatten immer selbst sprechen will, wird sich sehr schnell verbrauchen. Man muss hier gut abwägen: Natürlich gibt es Reden, bei denen man ganz einfach auftreten muss für die Fraktion. Und da gilt es manchmal auch, Entscheidungen zu vertreten, die einem selbst nicht gefallen. Ich denke z. B. daran, dass ich im Jahr 1980 für die Fraktion die Rede zum Olympiaboykott halten musste: Ich war gegen den Boykott, aber die Fraktion hatte sich mit Helmut Schmidt und der SPD entschieden, für den Boykott zu sein. Das war eine schwierige Situation, aber die Kollegen hatten einfach gesagt: "Sie kennen die Gegenargumente am besten: Tragen Sie sie alle vor - auch wenn wir so entscheiden müssen."

Wittich: Sie haben - abgesehen von der kurzen Amtszeit als Bundesvertriebenenminister - nie ein Amt im Kabinett angestrebt. Von diesem Amt des Fraktionsvorsitzenden muss also eine besondere Faszination ausgehen: Was macht diese Faszination aus? Ist es die Gestaltungsfreiheit in der Politik?

Mischnick: Richtig ist, dass ich sowohl 1969 als auch später immer wieder von den jeweiligen Parteivorsitzenden gefragt worden bin, ob ich bereit sei, ins Kabinett zu gehen oder ob ich von mir aus ins Kabinett gehen will. Ich habe mich jedoch immer wieder für den Fraktionsvorsitz entschieden, weil ich hier

eine viel breitere Palette der unmittelbaren Einwirkung hatte. Als Minister ist man zwar in der Lage, zu bestimmten Dingen Stellung zu nehmen, aber als Fraktionsvorsitzender war ich an allen Koalitionsgesprächen beteiligt, ganz egal, um welche Sachbereiche es sich dabei gehandelt hat. Ich hatte als Fraktionsvorsitzender insgesamt einen größeren Einfluss als ein einzelner Minister: zumal ich als Fraktionsvorsitzender auch – in der sozial-liberalen Koalition mehr und in der Koalition mit den Unionsparteien etwas weniger häufig – immer wieder an den Kabinettsitzungen teilgenommen habe. Das war der eine Teil. Der zweite Teil bestand darin, dass ich es in meiner Tätigkeit als eine wichtige Aufgabe angesehen habe, auf Erfahrungen zu reagieren, die ich in der liberalen Fraktion in der Zeit vor 1961, aber auch in der Zeit von 1961 bis 1963 gemacht hatte. Diese Aufgabe war, zwischen den Bundesministern und der Fraktion keine Differenzen entstehen zu lassen. Man darf als Fraktionsvorsitzender nicht jemand sein, der darauf schielt, ob er nicht den einen oder anderen Minister in seinem Amt ablösen könnte. Stattdessen muss es so sein, dass man die Minister in der Fraktion absichert. Das bedeutete natürlich auch, dass man versuchen musste, mit den Ministern, bevor die Entscheidungen fielen, eine Linie zu finden, die dann in der Fraktion auch vertretbar sein wird.

Wittich: Das funktionierende Gespann der Fraktionsvorsitzenden Mischnick und Wehner galt während der sozial-liberalen Koalition als eine der Stützen der SPD/FDP-Regierung. Die "Süddeutsche Zeitung" hat z. B. am 25.9.1981 festgestellt, dass "die Koalition bei den jüngsten Etatberatungen nicht zerbrach, lag nicht zuletzt an der engen persönlichen Beziehung der beiden Politiker". Worauf gründete sich dieses besondere Vertrauensverhältnis? Hat es eine Rolle gespielt, dass Herbert Wehner wie Sie auch aus Dresden stammte?

Mischnick: Das hat eine Rolle gespielt. Dass wir miteinander konnten, wenn ich das einmal so ausdrücke darf, war allerdings bereits in der Zeit spürbar, als Herbert Wehner Vorsitzender des Gesamtdeutschen Ausschusses war, also bevor er in der großen Koalition Minister wurde und ich Mitglied dieses Ausschusses war. Zum Zweiten war es so, dass wir einen offenen Dialog über alle Fragen geführt haben: Wir waren daher nie in einer Situation, in der einer von uns beiden das Gefühl hatte, er würde vom anderen über den Tisch gezogen. Das ist nie der Fall gewesen. Wenn es Dinge gab, in denen man sich nicht verständigen konnte, dann hat man nach Wegen gesucht, wie man diesen Punkt eine Zeit lang ausklammern konnte, um ihn dann später wieder aufzunehmen. Es ist eben nie versucht worden, dem anderen bestimmte Sachen aufzudrücken oder gegen ihn bestimmte Sachen durchzusetzen. Dresden hat insofern eine Rolle gespielt, als wir natürlich beide daran interessiert waren, dass die Deutschlandpolitik vorangebracht wurde, dass man in der Deutschlandpolitik die Verbindung zu den Menschen halten konnte, denn das war nach dem Mauerbau besonders notwendig. Deshalb gab es da eine Basis, die auch bei schwierigen Fragen wie z. B. bei der Mitbestimmung, als es darum ging, das Mitbestimmungsgesetz zu ändern, dazu geführt hat, dass in den Gesprächen zwischen Wehner und mir eine Lösung zustande kam, die sich auch heute noch bewährt, wie ich glaube sagen zu können.

Wittich: Sie waren 1973 gemeinsam mit Wehner bei Honecker in der DDR: Es war ein aufsehenerregender Besuch. Worüber haben Sie damals mit Erich Honecker gesprochen?

Mischnick: Dieser Besuch galt insbesondere der Wiederaufnahme der Familienzusammenführung, denn sie war in der Zeit davor etwas eingeschlafen. Der Freikauf von Häftlingen war ebenfalls zum Stillstand gekommen. Das waren die Hauptfragen, um die es ging. Denn in der Zwischenzeit waren ja schon die Ostverträge geschlossen worden. Und Helsinki und die KSZE standen zu der Zeit ebenfalls vor der Tür. In den

Gesprächen mit Honecker sollte daher "Korb 3" aus den Verträgen in den Vordergrund gestellt werden, nämlich die Möglichkeit der Information und des freien Besucherverkehrs. Das waren die Hauptpunkte, die wir damals miteinander verhandelt haben. Bei den Gesprächen selbst fand ich Folgendes interessant. Honecker und ich gehen gerade von diesem Jagdhaus an den nahe gelegenen See - Wehner ist schon vorausgegangen -, als Honecker zu mir sagt: "Sagen Sie mal, können wir nicht in manchen Dingen direkt miteinander verhandeln und nicht immer erst über die beiden großen Brüder?" Das zeigte mir, dass er hier ganz offensichtlich Bewegungsspielraum haben wollte: Das hat sich dann später bei verschiedenen Abkommen wie dem Kulturabkommen auch bewahrheitet.

Wittich: Die Ostpolitik, die Deutschlandpolitik, war mit Sicherheit ein bestimmendes Thema in dieser sozial-liberalen Regierungszeit. Es gab aber auch noch ein anderes Kapitel, ein düsteres, dunkles Kapitel in der deutschen Nachkriegsgeschichte: den blutigen Terror der RAF. Mit Peter Lorenz und Hanns Martin Schleyer wurden führende Repräsentanten der Bundesrepublik zur Zielscheibe dieses Terrors. Sie haben sich bei der Entführung von Peter Lorenz für eine unnachgiebige Haltung ausgesprochen - gemeinsam mit Helmut Schmidt - und sind bei der Schleyer-Entführung auf traurige Weise in Ihren Befürchtungen bestätigt worden. Können Sie schildern, wie Sie diese Ereignisse damals erlebt haben?

Mischnick: Als bei der Lorenz-Entführung die Mitteilung vom Bundeskanzleramt kam, dass ein Krisenstab gebildet werden soll, um darüber zu sprechen, wie man sich verhalten soll, habe ich in meinem Fraktionsvorstand - das waren die Fraktionsvorstandsmitglieder plus die Bundesminister - über diese Fragen gesprochen. Ich habe dem Vorstand gesagt, ich hätte soeben mit meiner Frau telefoniert und ihr gesagt, dass ich mich dafür entscheiden werde, dass keine Auslieferung erfolgt. Was das für mich selbst bedeutete, wusste ich: Wenn mir selbst einmal so etwas passiert, dann darf hier auch nicht nachgegeben werden. Mein Fraktionsvorstand war allerdings geschlossen anderer Meinung. Als ich dann sagte, ich würde nun zur Krisensitzung gehen, sagte mein Stellvertreter: "Damit du es weißt, der Fraktionsvorstand wird deine Entscheidung, so wie du sie vorgesehen hast, voll unterstützen, auch wenn wir anderer Meinung sind." Das war für mich ein ganz wichtiger Punkt. Es zeigte sich dann aber, dass die anderen Mitglieder des Krisenstabs der Meinung waren, dass man mit dem Austausch das Leben von Peter Lorenz retten sollte. Meine Ansicht hat sich dort also nicht durchgesetzt. Es war dann interessant, dass 1977 bei der Schleyer-Entführung die geschlossene Meinung vorhanden war, auf keinen Fall nachzugeben. Ich habe dabei besonders gespürt, wie ein Mann wie Helmut Kohl, der noch im Jahr 1975 eher für den Austausch war, dann ganz klar den anderen Weg gegangen ist, obwohl er ja persönlich sehr mit Schleyer befreundet war. Das hat schon damals in mir die Überzeugung geweckt, dass Kohl auch als Chef einer Regierung ähnlich wie Schmidt die Staatsräson höher ansieht als mögliche persönliche Beziehungen.

Wittich: Sie haben damals als Politiker große Verantwortung getragen bei diesen Entscheidungen. Beschäftigen Sie diese Ereignisse heute noch?

Mischnick: Ja, schon. Als ich vor einiger Zeit Berichte darüber sah, war ich natürlich schon erstaunt, wie manche Dinge heute dargestellt werden. Es war eine sehr schwierige Situation, die einen da gefangen nahm. Man musste auch jederzeit bereit sein. In der Zeit war z. B. gerade meine Schwiegermutter gestorben, und ich befand mich deswegen in Schleswig-Holstein. Helmut Schmidt hat jedoch verlangt, dass ich erreichbar sei, und hat deshalb eine Direktleitung nach Schleswig-Holstein geschaltet, damit ich einbezogen werden konnte in die Beratungen. Das alles beschäftigt einen schon auch

heute noch. Wobei ich nach wie vor der Meinung bin, dass es richtig war, nicht nachzugeben: So bitter das für die Einzelnen, die darunter leiden mussten, gewesen ist.

Wittich: Lassen Sie uns zu einem Ereignis kommen, das nicht nur in der Geschichte der Bundesrepublik, sondern auch in Ihrem politischen Leben eine besondere Wegmarke darstellt, nämlich zum Regierungswechsel im Jahr 1982. Erinnern wir uns: Ein Papier des damaligen Wirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff hat die Risse in der Koalition offenkundig werden lassen. Dann kam der 17. September 1982. Um neun Uhr morgens sollten Sie Hans-Dietrich Genscher auf dessen Wunsch hin zu Helmut Schmidt in dessen Abgeordnetenbüro begleiten. Sie sind jedoch wenige Minuten vor Genscher da und sprechen alleine mit Helmut Schmidt. Wie muss man sich dieses Zusammentreffen vorstellen? Erinnern Sie sich noch daran?

Mischnick: Oh, ich erinnere mich noch sehr genau daran. Ich hatte am Abend vorher durch meinen persönlichen Referenten ständig versucht, mit Helmut Schmidt Kontakt aufzunehmen, denn wir hatten sachlich ein sehr gutes Verhältnis zueinander. Ich wollte ganz einfach wissen, wie seine persönliche Einstellung ist. Zuerst ist jede Stunde und dann jede halbe Stunde der Versuch unternommen worden, ihn zu erreichen, aber es gab keinerlei Verbindung. Wie ich später erfahren habe, hat auch Helmut Schmidt nichts von seinen Mitarbeitern gesagt bekommen, dass ich den Versuch unternommen hatte, ihn zu erreichen. Deshalb habe ich ihm, als ich in sein Zimmer kam, sofort die Frage gestellt: "Herr Bundeskanzler, wollen Sie die Koalition beenden?" Darauf hat er mit Ja geantwortet. Ich habe ihn dann gefragt: "Heißt das, dass Sie die Minister dann, wenn sie nicht zurücktreten, entlassen werden?" Auf diese Frage hat er gesagt: "Ja, dann werde ich sie am Montag entlassen." Wir waren beide sehr bewegt in dieser Situation. Ich wusste allerdings auch, dass hier in Bälde eine Entscheidung gefällt werden musste, weil der Widerstand gegen Schmidt in der SPD-Fraktion ja immer größer wurde. Ich erinnere dabei nur an eine Rede, die er am 30. Juli desselben Jahres vor der SPD-Fraktion gehalten hat und in der er gesagt hatte: "Das wollt ihr, das will ich nicht. Das will ich, und das wollt ihr nicht." Da wurde schon ziemlich deutlich, welche Schwierigkeiten da vorlagen. Dann kam Genscher mit hinzu, erklärte seinen Rücktritt, den er mir vorher schon angekündigt hatte, und sagte zu Schmidt, dass auch die anderen Minister der FDP zurücktreten. Damit war die Entscheidung gefallen. Ich persönlich habe das für falsch gehalten, das zu diesem Zeitpunkt zu sagen. Ich hätte es für besser gehalten, wenn Helmut Schmidt die Minister entlassen hätte - so sehr ich persönlich verstehe, dass jeder lieber selbst so eine Entscheidung trifft, als sich entlassen zu lassen. Denn dann wäre diese böartige Kampagne über den angeblichen Verrat der "Freien Demokraten", die hinterher gelaufen ist, in der Form nicht möglich gewesen.

Wittich: Helmut Schmidt hat Ihnen dann Machenschaften und Verrat vorgeworfen, Hildegard Hamm-Brücher hat "die moralisch-sittliche Integrität des Koalitionswechsels" bestritten. Hat Sie das getroffen? Waren Sie enttäuscht?

Mischnick: Ich muss feststellen, dass mir Helmut Schmidt keinerlei Vorwürfe gemacht hat. Im Gegenteil, er wusste ganz genau, dass ich bis zum Schluss versucht hatte, die Koalition zu halten. Mich hat enttäuscht, dass wir dann in dieser Form auseinandergegangen sind. Das habe ich auch in meiner Rede vor dem Deutschen Bundestag zum Ausdruck gebracht. Denn eine solche Zusammenarbeit, die so viele positive Seiten hatte, sollte man so nicht beenden. Es war hochinteressant für mich, dass das von Seiten vieler SPD-Kollegen genauso gesehen wurde, wie ich das gesehen habe. Wehner hat sich in dieser Form auch nie geäußert. Dass viele Leute um Schmidt herum in dieser Weise operiert haben, weiß ich allerdings auch. Und dass es in meiner eigenen Fraktion Widerstand dagegen geben würde,

war mir auch klar. Aber ich bin heute noch der Meinung, dass die Entscheidung zu diesem Zeitpunkt fallen musste, sonst hätten wir erstens mit dem Nachrüstungsbeschluss und zweitens mit der Haushaltskonsolidierung die Voraussetzung für das, was wir heute haben, nämlich die Einheit, nicht erreichen können.

Wittich: Wie ist Ihr Verhältnis zu Helmut Schmidt heute? Haben Sie Kontakt zu ihm? Haben Sie die Ereignisse mit ihm im Rückblick noch einmal erörtert und vertieft?

Mischnick: Wir haben uns ab und zu bei bestimmten Gelegenheiten getroffen: Das ist natürlich nicht so sehr oft der Fall. Dabei war aber spürbar, dass die gegenseitige Hochachtung unbestritten vorhanden ist. Er hat mich auch zusammen mit meiner Frau immer wieder zu seinen runden Geburtstagen eingeladen. Es gab auch Kollegen, die mich danach fragten, ob ich ihn denn wieder einmal gesehen hätte. Umgekehrt hat er sich auch nach ihnen erkundigt. Es ist ein menschliches und gutes Verhältnis geblieben. Aus dieser Sache ist also kein menschliches Problem entstanden.

Wittich: Am 1. Oktober 1982 hat das konstruktive Misstrauensvotum stattgefunden: 256 Stimmen für den gemeinsamen Antrag von Union und FDP, dem Bundeskanzler das Misstrauen auszusprechen, und 235 Abgeordnete dagegen. Helmut Kohl war von dem Augenblick an Kanzler. Der FDP stand ihre schwierigste Zeit allerdings noch bevor. Sie SPD und die bayerische CSU wollten sofortige Neuwahlen: Das wäre womöglich der Untergang der FDP gewesen. Wie sehen Sie im Rückblick diese für Ihre Partei so stürmischen Tage?

Mischnick: Es bestand in den Gesprächen mit Helmut Kohl sofort Klarheit zwischen uns, dass wir einen gewissen Abstand brauchten bis zur Wahl, dass wir also zunächst einmal die neue Regierung bilden müssen und erst dann die Auflösung des Bundestags stattfinden soll, um Neuwahlen durchzuführen. Es bestand Übereinstimmung zwischen uns, dass eine sofortige Neuwahl sonst zu einer Unsicherheit geführt hätte. Strauß wollte die Neuwahl sofort, weil er dabei auf eine absolute Mehrheit für die CDU/CSU hoffte. Kohl war sich aber von vornherein im Klaren, dass demgegenüber das Adenauer-Wort von 1959 richtig war. Adenauer hatte nämlich 1959, als wir von der FDP in der Opposition waren, gesagt: "Wenn es die FDP nicht gäbe, dann müsste sie erfunden werden." Da sie nicht erfunden werden musste, sondern da war, war Helmut Kohl von vornherein darauf abgestellt, hier die Dinge gemeinsam mit uns zu machen. So haben wir eben erreicht, dass die Wahlen erst im nächsten Jahr stattfanden und eine Bestätigung der Entscheidung erfolgte, die wir getroffen hatten. Bis dahin hatten wir allerdings einige schwierige Situationen durchzustehen z. B. bei Landtagswahlen. In Hessen sind wir rausgeflogen, aber Gott sei Dank waren wir nach einem Jahr wieder drin, weil die dann gebildete Regierung der SPD doch nicht gehalten hat. Für uns war das in der Tat eine sehr schwierige Zeit, aber wir haben sie Gott sei Dank durchgestanden.

Wittich: Sie hatten ja fünf Wochen nach dem Regierungswechsel, am 5. November 1982, den 33. Bundesparteitag der FDP zu bestreiten: Die Delegierten haben sich dort mit 210 zu 181 Stimmen für die Koalition mit der Union ausgesprochen. Aber prominente Mitglieder wie Günter Verheugen, Ingrid Mathäus-Maier oder Andreas von Schöler haben der Partei den Rücken gekehrt. Waren Sie sich über die Zerreißprobe, die da auf die FDP zugekommen war, vorher im Klaren?

Mischnick: Ja, ich war mir darüber völlig klar, denn wir hatten diese Zerreißprobe schon einmal im Jahr 1969 durchgemacht: Nach der Koalitionsbildung mit der SPD 1969 sind ja ebenfalls prominente Mitglieder wie Mende oder Starke von der FDP weggegangen. Wir wussten, dass es ein jeder Koalitionswechsel mit sich bringt, dass ein Teil der Kollegen die FDP

verlassen wird. Ich füge hinzu, dass das in den achtziger Jahren Kollegen waren, die zwar für die Koalition mit der SPD votierten, aber ganz offensichtlich nicht so überzeugte Liberale waren, dass sie auch einen Koalitionswechsel der liberalen Partei überstehen würden. Das war bedauerlich, und das habe ich bei manchen persönlich wirklich sehr bedauert, weil ihre Mitwirkung in der FDP wichtig gewesen wäre für die künftige Entwicklung. Manche von ihnen haben dann aber anderwärts doch nicht so reüssiert, wie sie sich das vorgestellt hatten – denn es waren ja noch mehr Kollegen als die drei, die Sie erwähnten, aus der FDP ausgeschieden. Einige von ihnen haben aber auch einen Weg beschritten, der ihnen politischen Erfolg gebracht hat. Aber insgesamt gesehen ist es schon so, dass man solche Situationen eben durchstehen muss: Wenn man davon überzeugt ist, dass das der richtige Weg ist, dann darf man sich von der Gefahr, dass Einzelne dabei nicht mehr mitspielen, nicht abhalten lassen, diesen Weg auch zu gehen.

Wittich: Wechseln wir in das Jahr 1989: Deutsche Botschaften im Ausland werden zu Zufluchtsstätten ausreisewilliger DDR-Bürger und Hunderttausende gehen in ostdeutschen Städten auf die Straße. Sie haben durch häufige Besuche und Gespräche mit den Menschen in der DDR die DDR besser gekannt als manch anderer Politiker. Ab wann haben Sie geahnt, welche Entwicklung diese Ereignisse nehmen würden?

Mischnick: Nachdem Gorbatschow an die Macht gekommen war, war spürbar, dass hier etwas in Gang kommt. Bei meinen Reisen - insbesondere nach Ungarn - spürte ich, dass von ungarischer Seite immer mehr der Versuch gemacht wurde, eine eigenständige, nationale und sozialistische Politik zu betreiben und nicht mehr so sehr von Moskau abhängig zu sein. Das alles führte dazu, dass ich glaubte, dass hier eine Entwicklung im Gange sei, die mir selbst noch die Chance lässt, die deutsche Einheit zu erleben. Dass es so schnell gehen würde, habe ich dabei allerdings nicht vermutet. Interessant ist, dass in den Besuchen von 1987 an etwas Bestimmtes wirklich spürbar war. In dem Gespräch, das ich zu der Zeit z. B. mit Gerlach, dem damaligen Vorsitzenden der LDPD führte, zeigte er mir bestimmte Entwicklungen auf, die kommen würden. Das merkte ich auch an den Reden, die er dann 1989 gehalten hat. Und ich merkte es an der Art, wie wir unsere Veranstaltungen durchführten wie z. B. in Dresden: Es war spürbar, dass sich da etwas bewegte. Denn ich habe 1985 eine Fraktionssitzung in Dresden gemacht, und ich habe 1989 im Oktober eine Fraktionssitzung gemacht. Schließlich haben wir dann im Dezember 1989 auch noch eine wirtschaftspolitische Tagung in Dresden durchgeführt. Dabei war wirklich spürbar, dass hier eine entscheidende Veränderung im Gange ist. Wobei ich nicht geglaubt habe, dass es so schnell geht. Aber ich war überzeugt davon, dass es noch viel mehr Möglichkeiten der Bewegung gäbe, als das im ersten Augenblick nach der Öffnung der Grenzen sichtbar war. Als bei den Gesprächen, die ich im Oktober 1989 mit Krenz und vorher schon mit Modrow geführt habe, beide vor der Presse verkündeten, dass sie ein Reisegesetz schaffen wollen, war das für mich ein Signal: Ich war überzeugt, dass mit einem Reisegesetz die Schleusen geöffnet werden können. Das ist dann ja am 9. November mit der Öffnung der Grenzen auch so geschehen.

Wittich: Wie haben Sie denn von der Maueröffnung erfahren? Wo waren Sie da?

Mischnick: Wir waren gerade im Bundeskanzleramt bei einem Koalitionsgespräch. Wir haben da über allgemeine politische Fragen gesprochen. Dort kam dann die Mitteilung von der Präsidentin des Bundestags, dass sie die Sitzung unterbrechen wird, denn soeben wäre eine DPA-Meldung gekommen, dass die Mauer geöffnet werde. Wir sind von der Koalitionsrunde weg sofort ins Plenum geeilt und haben dann besprochen, dass die jeweiligen Fraktionsspitzen eine kurze Erklärung abgeben. So ist es auch geschehen. Ich habe dann als Letzter der Fraktionsvorsitzenden gesprochen und dabei

meine Landsleute, die in der DDR mit gepackten Koffern bereit standen, aufgefordert, zu Hause zu bleiben, denn jetzt würde die Entscheidung fallen und die Dinge würden sich so ändern, dass das zur deutschen Einheit führen werde. Daraufhin sprangen zwei Kollegen auf, dann der ganze Bundestag, und wir sangen unsere Nationalhymne.

Wittich: Sie haben in Ihrer Rede vor dem Deutschen Bundestag gesagt, es falle Ihnen nicht leicht, bei einer solchen Debatte persönliche Empfindungen in den Hintergrund zu stellen. Können Sie noch einmal beschreiben, was in Ihnen damals vorgegangen ist?

Mischnick: Das war die Freude darüber, dass die jahrzehntelange Arbeit, um zu diesem Ergebnis zu kommen, nun doch erfolgreich war. Das war die Freude darüber, dass alle Angriffe und Beschuldigungen, wenn man direkte Kontakte hielte, nun abfielen. Und ich war bestimmt von dem Bewusstsein, dass die Menschen, die nichts dafür konnten, dass sie 1945/1946 in einer anderen Besatzungszone gelebt haben, nun die Chance bekamen, in diesem neuen gesamten Deutschland etwas von dem nachholen zu können, was ihnen über Jahrzehnte vorenthalten worden war.

Wittich: Die Bewältigung der deutschen Einheit, insbesondere natürlich die ökonomischen Folgen, haben größere Schwierigkeiten bereitet als ursprünglich angenommen. Welche Fehler wurden aus Ihrer Sicht gemacht?

Mischnick: Meiner Ansicht nach hat man die Wirtschaftskraft der Betriebe in der ehemaligen DDR zu hoch eingeschätzt, weil sie innerhalb des Ostblocks doch ein gewisses Standing hatten: Aber das bezog sich eben nur auf den Austausch mit und das Verhältnis zu den anderen Ostblockstaaten. Zweitens wäre es besser gewesen, 1989/90 dem Rat der "Freien Demokraten" zu folgen: nämlich bei der Einführung unseres Einkommens- und Lohnsteuersystems einen niedrigeren Steuersatz für diese neu hinzugekommenen Länder zu nehmen. Denn dies hätte dazu geführt, dass das Angleichen der Löhne langsamer hätte vorangehen können und dass damit die Wettbewerbsfähigkeit schneller erreicht worden wäre. Und es wäre besser gewesen, wenn man meinem Ratschlag gefolgt wäre, ich hatte nämlich am 9. November 1989 gesagt: "Wenn jetzt die Bundesbank ein 100-DM-Goldstück herausbringt, dann wird das eine Summe einbringen, die erheblich zur Bewältigung der Lasten beiträgt. Die Währung wird dabei nicht gefährdet, denn diese Goldstücke werden ganz schnell in den Schatullen verschwinden oder als Geschenk weitergegeben werden." Aber man hat sich dazu nicht entschließen können, weil man Sorge um die Währungsstabilität hatte. Das sind so ein paar Punkte, die mir ad hoc einfallen.

Wittich: Warum traf die Einheit die Bundesregierung derart unvorbereitet? Hatte man vielleicht doch ungeachtet der politischen Bekenntnisse die Hoffnung insgeheim aufgegeben? Oder war es nur die Komplexität dieser Aufgabe, die eine vorausschauende Planung und Konzeption unmöglich machte?

Mischnick: Die Hoffnung aufgegeben? Nein, das nicht. Obwohl es sicher auch Politikerinnen und Politiker gab, die nicht mehr daran glaubten. Ich erinnere nur daran, dass es ja eine ganze Menge Politiker gegeben hat, die die Präambel des Grundgesetzes streichen und damit die Einheit als Staatsziel praktisch aufgeben wollten. Die Bundesregierung war im Detail nicht darauf vorbereitet, weil es insgesamt im Tempo doch viel schneller voranging, als man ursprünglich dachte. Ich erinnere hier nur an die zehn Punkte von Helmut Kohl aus dem November 1989. Bei den Gesprächen, die wir 1989 im Dezember über die wirtschaftliche Entwicklung und über die Marktwirtschaft führten - mit der FDP-Bundestagsfraktion, der Naumann-Stiftung, der LDPD Dresden und der Verkehrshochschule Dresden -, war spürbar, wie diejenigen, die aus den DDR-Kombinaten mit dabei waren wie

z. B. die Generaldirektoren, zum Teil überhaupt nicht wussten, wie sie an dieses Thema herangehen sollten. Andere wiederum waren aufgrund ihrer früheren Auslandskontakte eher bereit, die richtigen Schlüsse zu ziehen. Man war nicht genügend vorbereitet – einverstanden, das kann ich zugestehen. Aber ich darf da auch an etwas erinnern: Als die Währungsreform kam, die Umstellung auf die D-Mark, ging man davon aus, dass man an die Menschen in der ehemaligen DDR möglicherweise Genussscheine für die volkseigenen Betriebe ausgeben könnte. Ich habe schon ein Jahr später gesagt: "Seid froh, dass es sie nicht gegeben hat, ihr hättet da ja noch etwas einzahlen müssen, denn das war wirklich ein Minus-Vermögen."

Wittich: Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl am 2. Dezember 1990 haben Sie als Direktkandidat in Dresden kandidiert und sind dann über die sächsische Landesliste erneut in den Deutschen Bundestag eingezogen. Als Direktkandidat der FDP haben Sie in Dresden 13,5 Prozent der Stimmen bekommen. In gewisser Weise hat sich der Kreis Ihres politischen Lebens geschlossen, als Sie Ihre Heimat Dresden im Bundestag vertreten durften. War das so etwas wie die Erfüllung eines politischen Jugendtraums?

Mischnick: Ja, aber mein eigentlicher Jugendtraum bestand darin, dass ich sehr gerne Oberbürgermeister in Dresden geworden wäre. Das habe ich auch 1961 gesagt, als ich Bundesminister für die Vertriebenen wurde und gefragt wurde, ob diese Aufgabe nun mein Lebensziel sei. Ich sagte schon damals, dass ich noch lieber Oberbürgermeister in meiner Heimatstadt Dresden geworden wäre. Aber natürlich hat sich mit dieser Bundestagswahl schon auch ein Traum erfüllt, nämlich einmal als sächsischer Abgeordneter tätig zu sein, nachdem es die sowjetische Besatzungsmacht ja verhindert hatte, dass ich sächsischer Landtagsabgeordneter geworden bin. Ich habe mich dann in der Zeit im Bundestag bemüht, einiges für meine Heimatstadt zu tun. Es ist auch eine ganze Menge geschehen: Manches ist nicht so schnell vorangegangen, wie man das gehofft hatte. Dafür ging anderes schneller als befürchtet. Wer aber heute bei einem Blick auf die gesamte Situation nicht feststellt, dass in diesen zehn Jahren eine Entwicklung stattgefunden hat, wie sie sich viele vor zehn Jahren gar nicht vorstellen konnten, der sieht entweder nicht richtig oder will nicht wahrhaben, welche große Leistung hier vollbracht worden ist.

Wittich: Ende 1994, bei Ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag nach 37 Jahren, haben Sie mit sehr nüchternen, fast emotionslosen Worten Bilanz gezogen. Sie haben gesagt, Sie würden ausscheiden, "mit dem Gefühl, meine Pflicht erfüllt zu haben – und zwar mit positivem Resultat". Kommt in diesen knappen Worten das politische Selbstverständnis von Wolfgang Mischnick zum Ausdruck, nämlich die Pflichterfüllung?

Mischnick: Ja, die Pflicht war – vielleicht schon aufgrund meines Elternhauses – für mich immer ein wichtiger Begriff gewesen. Ich bin sehr dafür, dass dem Bürger in einem freiheitlichen Staat viele Rechte gegeben werden. Ich bin aber auch der Meinung, dass zu den Rechten auch Pflichten gehören. Der Gedanke, der Gemeinschaft, seinem Volk, zu dienen, war für mich entscheidend.

Wittich: Gibt es in der Rückschau auf Ihr politisches Leben einen Punkt, bei dem Sie sagen würden: "Das würde ich heute anders machen."?

Mischnick: Ach es gibt da schon einzelne Punkte, bei denen ich das Gefühl habe, dass man bei ihnen noch energischer hätte tätig sein müssen. Wenn ich mir z. B. die heutige Diskussion über die Erhöhung der Mineralölsteuer betrachte, dann ärgere ich mich, dass wir nicht schon vor 30 Jahren durchgesetzt haben, dass die Kraftfahrzeugsteuer in die Mineralölsteuer überführt wird, um damit die Automobilfirmen zu zwingen, kraftstoffsparende Autos zu produzieren und sich nicht nach dem Hubraum zu orientieren. Das ist z. B.

ein Punkt, bei dem ich mich schon frage, warum man das nicht schon vor 30 Jahren eingeführt hat. Ein zweiter Punkt ist folgender. Wenn ich daran denke, dass ich schon 1961/63 davon sprach, dass die Rentenreform, die damals über die Bühne ging, so auf Dauer nicht haltbar sein wird und dass wir Beitragssätze zwischen 18 und 20 Prozent bekommen werden, dann muss ich heute feststellen, dass ich ein bisschen enttäuscht darüber bin, dass nicht mehr Politiker auf diese Warnung eingegangen sind. Denn dann hätte man auf diesem Gebiet die Dinge frühzeitig regeln können. Im Übrigen war es so, dass damals Adenauer in der Kabinettsitzung nach dem FDP-Parteitag hier in München, wo ich das geäußert hatte, zu mir gesagt hat: "Sagen Sie mal, Sie haben da doch über die Rentenversicherung gesprochen. Das ist doch ein wichtiges Thema." Aber noch bevor ich darauf antworten konnte, hat der damalige Arbeitsminister Blank eingeworfen: "Herr Bundeskanzler, wir werden diese Rentenversicherung mit Zähnen und Klauen verteidigen." Da sagte dann Adenauer nur zu mir: "Kommen Sie doch nach der Sitzung mal in mein Büro, da können wir dann in Ruhe darüber sprechen." Ich sage das deshalb, weil es nicht so ist, dass es erst heute vielen Leuten einfällt, dass in dieser Rentenreform Mängel vorhanden sind: Das fiel Leuten schon vor zwanzig, dreißig Jahren ein – aber es kam keine Mehrheit darüber zustande.

Wittich: Wenn Sie nun diese fünf Jahrzehnte Ihres politischen Wirkens Revue passieren lassen: Was hat sich in der Politik, aber auch bei den Politiker am augenfälligsten verändert?

Mischnick: Das ist eine deshalb sehr schwierige Frage, weil Ältere natürlich immer in der Gefahr sind zu sagen, dass die Jüngeren alles falsch machen. Als ich jung war, haben auch viele gesagt, die Älteren hätten das alles viel besser gemacht. Aber es ist eben ein Unterschied, ob man aus dem Krieg kommt, ein zerstörtes Land vor sich hat und aufbauen und daher alle Kräfte bündeln will oder ob man Vorhandenes weiter verbessern und weiterentwickeln will. Zum Zweiten habe ich heute manchmal das Gefühl - das mag nun etwas hart klingen -, dass diejenigen, die in den Aufbaujahren, die also vor dreißig, vierzig und fünfzig Jahren tätig waren, es mehr als eine Berufung angesehen haben, politisch tätig zu werden. Heute habe ich oft das Gefühl, dass manche das als einen Job betrachten, den man eben erledigt oder eben nicht erledigt und nicht das Engagement für die Allgemeinheit als das Entscheidende ansehen. Ich füge allerdings auch hinzu, dass viele Politiker in den Medien auch ungerecht behandelt werden: Es werden Forderungen an sie gestellt, die sie gar nicht erfüllen können. Denn unser Staat kann nicht alles machen: In erster Linie muss der Bürger schon selbst etwas tun.

Wittich: Engagieren Sie sich heute noch politisch in Ihrer Heimat, in Kronberg im Taunus?

Mischnick: Ja, ich gehe schon noch in Ortsversammlungen, und ich habe erst vor einiger Zeit anlässlich des 17. Juni wieder einmal bei einer Veranstaltung über die Entwicklung der deutschen Politik gesprochen. Ich habe auch verschiedene andere Tätigkeiten, die ich noch mache. Aber es ist nicht so, dass ich nun auch noch in den Gremium weiterhin tätig bin: Ich bin passionierter Rentner, wie ich immer zu sagen pflege. Wenn man mich zu irgendwelchen Veranstaltungen haben will, dann gehe ich gerne hin - es sind auch mehr Anfragen da, als ich erfüllen kann –, aber dass ich öffentlich Ratschläge an meine Nachfolger erteilen würde, kommt bei mir nicht vor. So etwas mache ich nicht. Wenn ich das machen will, dann mache ich das intern.

Wittich: Aber das schließt nicht aus, dass Sie von Ihren Nachfolgern ab und zu um Rat gefragt werden.

Mischnick: Selbstverständlich geschieht das. Aber ich werde das immer in einer Form

tun, die sichtbar macht, dass derjenige, der in der Verantwortung steht, immer mehr Möglichkeiten der Information hat als derjenige, der außerhalb steht. Denn von Besserwisserei habe ich nie etwas gehalten.

Wittich: Herr Mischnick, ich danke Ihnen für das Gespräch.

© Bayerischer Rundfunk